

Berlin, am 05.05.2020

Menschenrechte von trans* Personen in der Coronakrise weltweit in Gefahr!

Allein in den letzten drei Wochen sind in Ungarn, in Großbritannien und in den USA Gesetzesvorhaben laut geworden, die Menschenrechte von trans* Personen bedrohen. Bereits erkämpfte Rechte werden gefährdet oder entzogen. Die Leben von trans* Personen werden damit ganz direkt gefährdet. Wir fordern die deutsche Regierung und die Europäische Union zum Handeln auf!

In Krisen zeigen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse oft noch deutlicher, als sie im sogenannten Normalzustand zu sehen sind. Bedauerlicherweise ist dies auch während der Coronakrise der Fall.

Im EU-Mitgliedsland Ungarn soll es nach einer Gesetzesinitiative des Regierungschefs Viktor Orbán bald nur noch das „Geschlecht wie bei der Geburt zugeschrieben“ geben. Trans* Personen könnten dann den bei Geburt festgelegten Namen und Geschlechtseintrag nicht mehr ändern lassen. Ungarische Aktivist_innen weisen darauf hin, dass der Gesetzesvorschlag an einigen Stellen bewusst Lücken lässt, denn unklar bleibt, ob bereits erfolgte Personenstands- und Vornamensänderungen ihre Rechtskraft verlieren und damit auch bereits ausgestellte Papiere ihre Gültigkeit verlieren. Ungültige Papiere könnten weitreichende Folgen haben: von unüberwindbaren Hürden bei der Beantragung staatlicher Unterstützung bis hin zu strafrechtlicher Verfolgung. Ungarische Aktivist_innen sehen daher auch die medizinische Versorgung von trans* Personen akut gefährdet.

Jonas Hamm, Vorstand des BVT* sagt dazu: „Die Diskriminierung gegenüber trans* Personen in Ungarn, die zuvor schon erschreckend war, würde durch diese Gesetzesänderung massiv zunehmen.“

Ungarns Ministerpräsident Orbán hat im Rahmen der Coronakrise den Notstand ausgerufen und kann seit Mitte März nun auf unbestimmte Zeit alleine regieren und auch alleine Gesetze erlassen. Die Änderungen zur Gesetzeslage für trans* Personen sind nur ein kleiner Teil dessen, was Orbán nun ändern möchte. Andere EU-Mitgliedsstaaten fürchten, Ungarn befinde sich auf dem Weg in eine Diktatur.

In Großbritannien hat die Ministerin für Frauen und Gleichstellung Liz Truss Reformpläne für den Gender Recognition Act bekannt gegeben. Das Gesetz regelt seit 2004 Namens- und Personenstandsänderungen. Truss möchte, dass nur noch erwachsene Personen transitionieren können. Der Zugang für unter 18-jährige zu rechtlichen oder medizinischen Transitionsschritten wäre damit versperrt. Aktivist_innen haben bereits am Tag der Äußerung Alarm geschlagen und eine Petition gestartet, die innerhalb von fünf Tagen fast 35.000 Unterschriften erzielt hat.

Hamm sagt dazu weiter: „Der Zugang zu Hormonblockern und der Zugang zu Transition für Jugendliche wird weltweit als medizinischer Standard gesehen. Transitionsmaßnahmen vor und während der Pubertät sind lebensrettend.“

Wie eine Studie aus den USA erst jüngst gezeigt hat, verbessert sich die psychische Gesundheit von trans* Kindern und Jugendlichen sehr stark, wenn diese in ihrem Identitätsgeschlecht akzeptiert und unterstützt werden.

In den USA beabsichtigt die Regierung von Präsident Donald Trump, die Diskriminierung von trans* Personen im Gesundheitswesen zu legalisieren. Das würde es Ärzt_innen ermöglichen, trans* Personen jegliche Behandlung zu verweigern. Unter dem vorherigen Präsidenten Barack Obama war ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz erlassen worden, das die Diskriminierung von trans* Personen im Gesundheitswesen untersagt. Während einer Pandemie kann diese Einschränkung der Gesundheitsversorgung noch mehr als sonst den Tod von trans* Personen bedeuten.

Diskussionen wie diese haben über Landesgrenzen hinaus Signalwirkung, auch wenn sie nicht rechtskräftig werden sollten. Wo Diskriminierung in Recht gegossen wird, werden Menschenrechte ausgehöhlt. Zudem sinkt durch solche Diskussionen die Hemmschwelle für interpersonelle Gewalt. Entschlossenes Handeln ist erforderlich.

Menschenrechte sind keine Luxus Anliegen, um die man sich nur in guten Zeiten kümmert. Die EU möchte für den Schutz der Menschenrechte stehen. Eine Gesetzesreform wie in Ungarn ist mit diesem Selbstverständnis nicht vereinbar. Daher rufen wir die EU dazu auf, sämtliche Menschenrechtsverletzungen in ihren Mitgliedsstaaten wirksam zu unterbinden.

Auch die Bundesregierung ist dazu aufgerufen, auf Ungarns Regierung einzuwirken. Bisher hat die Bundesregierung nur erklärt, sie beobachte die Lage in Ungarn. Wir fordern, dass sich die Regierung öffentlich äußert und Stellung bezieht. Dies hat Signalwirkung in das EU-Parlament, das gegen Orbán vorgehen kann.

Zudem fordern wir Deutschland dazu auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und

- selbstbestimmten Zugang zu Namens- und Personenstandsänderung zu schaffen
- diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung und Transitionsmaßnahmen zu ermöglichen
- das Abstammungsrecht zu reformieren, damit trans* Eltern in ihrem Identitätsgeschlecht anerkannt werden und schon bei der Geburt ihres Kindes rechtlich Eltern ihres Kindes sind (und nicht erst durch eine ggf. nötige Stiefkindadoption)
- heterosexuelle und homosexuelle Ehen rechtlich in allen Bereichen gleichzustellen
- Bildung und Aufklärung zu queeren Lebens- und Liebensweisen in Lehrplänen an Schulen und Universitäten zu verankern
- marginalisierte Personengruppen wirkungsvoll vor Hasskriminalität schützen und entschlossen gegen Diskriminierung und alle anderen Formen von Gewalt vorzugehen

Gleichzeitig bitten wir die Community, sich einzubringen: Gemeinsam können wir etwas bewegen!

Transgender Europe hat den Hashtag #Drop33 gestartet, mit dem Druck auf die ungarische Regierung aufgebaut werden soll. Nehmt daran teil!

Wendet euch an die Bundesregierung und schreibt euren Abgeordneten! Meldet euch bei euren EU-Abgeordneten und fordert sie dazu auf, Anträge ins EU-Parlament einzubringen, die auf Ungarn hinwirken, das Gesetzesvorhaben fallen zu lassen.

Links: (englisch)

Infos zu #drop33: <https://tgeu.org/joint-call-on-hungarian-parliament-regarding-lgr/> (englisch)

Petition aus Ungarn: https://action.allout.org/en/m/155ffe1/?utm_campaign=mgp-155ffe1&utm_source=email&utm_medium=web (englisch)

Ein Artikel zu Lage in Großbritannien:

<https://www.pinknews.co.uk/2020/04/23/liz-truss-trans-rights-gender-recognition-act-reform-healthcare-puberty-blockers-backlash/> (englisch)

Petition aus Großbritannien:

https://www.change.org/p/uk-parliament-liz-truss-threatens-the-future-of-young-transgender-individuals-this-needs-to-be-stopped?utm_content=cl_sharecopy_21726171_en-GB%3Av1&recruited_by_id=4b6e0370-873c-11ea-8b55-ab29f4207fbb&utm_source=share_petition&utm_medium=copypink&utm_campaign=psf_combo_share_initial (englisch)

Zitierte Studie zur Transition von Jugendlichen: <https://us.cnn.com/2020/01/23/health/transgender-puberty-blockers-suicide-study/index.html> (englisch)

Die Lage in den USA:

<https://noizz.de/news/trump-regel-transpersonen-konnen-von-arzten-einfacher-abgelehnt-werden/fn44ksd> (deutsch)

<https://www.lgbtqnation.com/2020/04/trump-administration-moves-allow-doctors-refuse-trans-patients-covid-rages/> (englisch)